

## Informationen zur Veranstaltung:

„Bundeswehr raus aus den Schulen! Friedensbildung statt militärisches Denken!“

Podiumsdiskussion mit Jonna Schürkes (Informationsstelle Militarisierung Tübingen), Ursula Walther (Bayerischer Elternverband) und Stephan Lippels (Lehrer, GEW München)  
Moderation: Dr. Sabine Schiffer (Institut für Medienverantwortung, Erlangen)

Veranstalter: Mitgliedsorganisationen des „Erlanger Bündnis für den Frieden“ in Kooperation mit der Katholischen Erwachsenenbildung

am 4. September 2013 im Pacelli-Haus in Erlangen

## Veranstaltungsbericht

„Bundeswehr raus aus den Schulen!“, diese umstrittene Forderung aus den Reihen der Friedensbewegung war Thema einer Podiumsdiskussion. Anlass sind die in einigen Bundesländern, darunter auch in Bayern, erst vor wenigen Jahren abgeschlossenen Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien und der Bundeswehr. Dadurch erhalten speziell ausgebildete „Jugendoffiziere“ und so genannte „Karriereberater“ der Bundeswehr einen privilegierten Zugang zu Schulen. Seit Abschaffung des Wehrdienstes mangelt es an ausreichenden Rekruten, so dass die Werbung gerade an Schulen und Hochschulen verstärkt wurde. Wie Jonna Schürkes, Mitarbeiterin an der Tübinger Informationsstelle Militarisierung, erläuterte, hat sich der Werbeetat der Bundeswehr seit 2010 verdoppelt.

Gegen diese Art der Rekrutierung aber gibt es immer stärkeren Protest. Der Bayerische Elternverband etwa möchte die Mitwirkung des Schulforums erreichen, also die demokratische Teilhabe von Eltern, Lehrern und Schülern bei der Entscheidung über den Einsatz von Offizieren im Unterricht stärken. Die Gesetzeslage gibt ein größeres Mitspracherecht durchaus her, selbst die Teilnahme der Eltern am Unterricht sei in gewissem Umfang möglich. Leider würden diese Rechte zumindest bisher nur sehr eingeschränkt genutzt, so Ursula Walther vom BEV.

Friedensförderung im Unterricht sei allerdings nicht so einfach, berichtet der Münchener Lehrer Stephan Lippels. Er engagiert sich neben seiner beruflichen Tätigkeit in dem von ver.di und GEW gemeinsam betriebenen Arbeitskreis „Friedliche Schule und Hochschule“. Der Austausch mit anderen Lehrkräften sei dringend erforderlich, da die offiziell zur Verfügung gestellten Unterrichtsmaterialien zur Friedenserziehung ungenügende oder gar falsche Informationen enthalten. Die angebotenen Broschüren entstehen zudem oftmals unter Mitarbeit des Verteidigungsministeriums, was das Material wegen der verzerrten Darstellung von „Friedenspolitik“ für den Unterricht eigentlich unbrauchbar mache. Kriegseinsätze sind keine Friedensarbeit, das wurde in mehreren Publikumsbeiträgen deutlich. Auch Barbara Pfister, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, unterstützt die Forderungen des Elternverbands, und schilderte die Versuche der SPD und der Grünen Liste, im Schulausschuss des Erlanger Stadtrats die Debatte über Friedenserziehung in den städtischen Schulen zu führen. Während das Thema auf kommunaler Ebene zwar keine Mehrheiten, aber doch starke Fürsprecher findet, sieht es auf Landesebene schon weitaus düsterer aus.

Eine Umfrage bei neun der kandidierenden Landtagsparteien habe aber, so Dr. Joachim Schneider von pax christi, die ernüchternde Erkenntnis erbracht, dass lediglich die ÖDP sich eindeutig für eine Beendigung der Kooperationsvereinbarung einsetze.

Dagegen setzen Veranstalter und Publikum weiter auf Aufklärung und Information, um im Schulunterricht Friedenserziehung statt militärisches Denken zu fördern. Visionen seien hier gefragt, und eine umfassende und verantwortliche Medienbildung, so schloss Moderatorin Dr. Sabine Schiffer die anregende Diskussion.